



Schröder + Putin kucken die russische Tagesschau.

SCHRÖDER DARF BEI PUTIN NICHT DEN HÖFLICHEN DIPLOMATEN GEBEN

Politik des Geldes

Nichts sollte die hochrangigen Gespräche in den verschiedenen Arbeitsgruppen trüben, die den Petersburger Gipfel zwischen Präsident Putin und Bundeskanzler Schröder begleiten. Die seit Wochen geplante Tagesordnung in der Mediengruppe zum Beispiel sollte sich auf den Kampf gegen die Klischees konzentrieren, die sich vom jeweils anderen Staat in den Medien finden. Diese harmlose Themenwahl war zweifellos ein Zugeständnis an die russische Führung. Sie hatte in letzter Zeit gern auf der angeblich einseitigen Darstellung der russischen Verhältnisse in der deutschen Presse herumgehakt. Doch schon am Sonntagabend drohte diese Gipfelregie gestört zu werden, als sechstausend PetersburgerInnen gegen das koordinierte Vorgehen der russischen Staats- und Justizmaschinerie gegen NTW demonstrierten, den einzigen großen unabhängigen Fernsehkanal im Lande.

„Wir schämen uns, dass Putin ein Petersburger ist“, skandierten sie. Denn niemand zweifelt daran, dass Russlands Präsident selbst hinter dem Kampf gegen das allzu kritische NTW-Team steht. Nun wird der Kanzler ihn zur Rede stellen müssen; spätestens hier ist die Höflichkeit der Diplomatie nicht mehr erlaubt.

Eine Abkühlung der Atmosphäre wird nicht zu vermeiden sein – dabei waren bei den Vorgesprä-

chen schöne Erfolge erzielt worden. Es ging um Schulden ehemaliger sowjetischer Außenhandelsorganisationen bei der DDR, über die sich die Bundesregierung und Russland als Rechtsnachfolger einigen müssen. Nun haben sich deutsche Firmen bereit erklärt, einen Teil dieser Schulden zu begleichen, wenn sie dafür Aktien russischer Unternehmen bekommen. Das ganze nennt man *debt-equity-swap*. Böse Zungen behaupten, die russische Führung sei hier besonders entgegenkommend, weil hohe Beamte in der Putin-Administration mit den sowjetischen Außenhandelsorganisationen in der DDR finanziell verstrickt waren.

Wie dem auch sei, die Bezahlung russischer Staatsschulden ist endlich einmal ein Gebiet, auf dem die egoistischen wirtschaftlichen Interessen der russischen Führung mit den Interessen des von ihr vertretenen Volkes zusammenfallen. War um also machen wir nicht auf der Basis dieses glücklichen Zusammentreffens weitere Experimente? Schon haben Mitglieder des World Wildlife Fund einen *debt-tiger-swap* vorgeschlagen: Westliche Regierungen sollten Russland einen Teil seiner Schulden erlassen, das sich dafür verpflichten müsste, bessere Lebensbedingungen für die sibirischen Tiger zu schaffen. Der nächste Schritt wäre ein *debt-NTW-swap*.

BARBARA KERNECK

DIE ATOMENERGIE FINANZIERT DIE EINKAUFSTOUR DER STROMKONZERNE

Risikante Expansion

Die Vorspeise – so eine lapidare kulinarische Grundregel – ist dazu da, den Appetit anzuregen. Die deutsche Stromwirtschaft jedenfalls ist auf den Geschmack gekommen. Nach den nationalen Fusionen im vergangenen Jahr – Viag und Veaba zu Eon, die Übernahme der VEW durch RWE – waren die beiden größten deutschen Energiekonzerne auf Rang drei und vier in Europa vorgestiegen – nach Electricité de France (EdF) und Italiens Enel.

Seitdem gilt den Deutschen Europa in den Kerngeschäften Strom, Gas und Wasser als „Heimatmarkt“. Zuletzt ging für 700 Millionen Mark die niederländische Odragas Holding über den RWE-Einkaufstisch, für mehr als zwei Milliarden das US-Wasserunternehmen „E-on“, für stolze 22 Milliarden Mark der britische Wasserversorger Thames Water. Zwar stand das Expansionsstreben von Eon bislang dem von RWE nicht nach. Allerdings war Eon längst nicht so erfolgreich.

Das könnte sich nun ändern. Gestern kündigte Eon an, den britischen Versorger Powergen zu übernehmen. Ein Deal mit neuer Dimension – sowohl was die Strategie als auch den Kaufpreis betrifft: Dank den auch in den USA tätigen Briten wird den Deutschen der attraktive amerikanische Wachstumsmarkt geöffnet. Das lässt man sich schon mal umgerechnet 30 Milliarden kosten.

Angesichts dieser Summen erheben sich zwei

Fragen: Wer soll das bezahlen? Und: Wo führt das hin? Die Beantwortung der ersten fällt leicht: Zum einen haben die beiden Stromgiganten seit der Marktliberalisierung die besten Gewinnzuwächse erzielt. Zum anderen ist die Einkaufskasse dank der steuerfreien Rückstellung für die AKW-Betreiber prall gefüllt. Allein Eon werden bis zu 40 Milliarden Mark zugeschrieben – angehäuft für einen späteren Rückbau der stillgelegten AKW. Bis es so weit ist, lässt man das Geld erst mal arbeiten. Was aber, wenn sich der Einkauf als Flop erweist? Wenn sich der Unternehmenswert, und damit das Rückbaugeld, halbiert? Dann zahlen die Steuerzahler.

Die Beantwortung der zweiten Frage zeigt das Dilemma dieser Einkaufspolitik auf. Zwar können die Deutschen mit lukrativen Akquisitionen in den USA ihre Aktienkurve verbessern. Das reicht aber angesichts der eigenen geringen Kurswerte längst nicht aus, um gegen feindliche Übernahmen gefeit zu sein. Wer den wirklich großen Konkurrenten, den Ölmultis, zu nahe auf den Pelz rückt, muss nach den Gesetzen der Globalisierung damit rechnen, selbst kassiert zu werden. Schon haben die großen Ölkonzerne angekündigt, sich stärker in den Sparten Gas und Strom zu engagieren. So könnte es passieren, dass die Deutschen nach der Hauptspeise selbst zum Appetitphagen werden.

NICK REIMER

die anderen

Zum neuen Skandal am britischen Hof meint die italienische Zeitung Corriere della Sera: Es gibt eine unmögliche Aufgabe im Vereinigten Königreich, und zwar die der Schwiegertochter von Königin Elizabeth. Drei haben es probiert, drei sind gescheitert. Es gibt einen unüberwindlichen Interessenkonflikt zwischen dem alltäglichen Leben und der adeligen Herrscherfamilie der Welt. Diana und Fergie mussten mit der Scheidung darauf verzichten, Schwiegertöchter zu sein. Sophie ergeht es heute besser, sie muss nur ihre Arbeit in ihrer Agentur aufgeben. (...)

Es ist paradox, dass die einzige Schwiegertochter, die diese Rolle zu spielen wüsste, nämlich Camilla, jene ist, die Elizabeth nicht einmal sehen will. Sie würde keinen Konflikt heraufbeschwören, würde dem Thronfolger wie ein Schatten folgen, sie wäre eine Königin ohne Launen. Aber sie ist verbannt aus dem Buckingham-Palast, weil dies vielleicht das Schicksal der Monarchien ist: Sie können sich nicht erneuern.

Zu US-Präsident George W. Bush schreibt die italienische Zeitung *La Re-*

publica: Die strengen Meister der Realität – die Börse, China, die Wirtschaft, Europa und der amerikanische Senat – sind dabei, den Präsidenten Bush nach seinen ersten 100 Schultagen durchfallen zu lassen. Die Versprechen des Kandidaten George werden zu Niederlagen des Präsidenten George. (...) Bisher war George Bush gezwungen, genau das Gegenteil von dem zu tun, was er versprochen hatte: Er musste folgen. Von der Krise mit China bis zu den Steuern, von den Finanzen bis zur Umwelt, von der internationalen Politik bis zum wirtschaftlichen Auf-

schwung, der bröckelt. (...) Der Fall des Spionageflugzeuges und der 24 Insassen ist die symbolische und sichtbare Krönung dieser harten Lehrzeit.

Die Nürnberger Nachrichten kommentierten die Performance von Angela Merkel: Ihre Trümpfe sind dieselben, die sie an die Parteispitze gebracht hatten: 1. ist sie eine Frau und verspricht der CDU neue Wählerinnen zu erschließen; 2. stammt sie aus dem Osten und hat dort verständlicherweise noch immer großen Rückhalt.

Väter ohne Spielraum

Die Väter-Kampagne von Familienministerin Bergmann ist gut gemeint, aber wirkungslos. Sie ignoriert die Realitäten. Eine neue Männerpolitik steht noch aus

Jetzt füllt er die Doppelseiten der deutschen Illustrierten, der smarte Papa aus Pappé. Der Protagonist der Anzeigenreihe für die Kampagne „Mehr Spielraum für Väter“ von Familienministerin Christine Bergmann scheint einem Katalog für Herrenmode entsprungen zu sein. Mit Lambswoolpullover und sauberen Bügelfalten steht er reichlich desorientiert in sterilen Einbauküchen oder düsteren Kinderzimmern herum. „Wäre es nicht schön, wirklich dabei zu sein?“ Nein danke. Das verbreitet eher Depression als Lust auf engagierte Vaterschaft.

Immerhin war das Medienecho auf die Kampagne enorm: Das Herrenmagazin *Der Spiegel* lästert über den „Auftritt zum Wikeldienst“, die taz meint, die „Lüge von den neuen Vätern“ aufdecken zu müssen; die Welt-Kommentatorin glaubt, „dass kleine Kinder ihre Mütter dringender brauchen als Väter“. Also eine ungewöhnlich breite Berichterstattung für ein Thema, das die männerbündische Politikwelt, wie einst Kanzler Schröder, gern als „sonstiges Gedöns“ abtut.

Doch von gestalterischen Mängeln ganz abgesehen: Die Plakatkampagne fragt nicht nach den Ursachen, die selbst familienorientierte Väter in die

Viele Mütter wollen die zentralen Bezugspersonen ihrer Kinder sein – und fördern die Karriere der Väter

traditionellen Rollen drängen. Denn dass sich Männer heute mehr für ihre Kinder interessieren, ist keine Lüge. Aber in jenen Milieus der Großstädte, die man früher „alternativ“ nannte, hat eine neue, bunte Vätergeneration die klassischen Arbeitsmänner abgelöst. Es handelt sich zwar um Minderheiten, aber die süffisante Kritik von ungedulden Feministinnen und enttäuschten 68ern, die immer wieder den Stillstand ausrufen, ist billig.

Familienorientierte Männer haben sich von den Rollenmustern ihrer Eltern weit entfernt, haben in den Köpfen umgedacht. Doch nach der Geburt von Kindern schnappt die Traditionsfalle zu: Papa „verdient einfach mehr“. Der Anspruch, sich „partnerschaftlich“ und gemeinsam um den Nachwuchs kümmern zu wollen, bleibt häufig Illusion. Viele Väter geben zu Hause den Deppen, den ewigen Praktikanten des Privaten. Sie artikulieren aber neuerdings zumindest, dass sie unter dieser Rolle leiden. Sie verdrängen ihre Unzufriedenheit nicht mehr. Und ihre Berichte aus der männlichen Gegenwelt der Arbeit sind ermutigend. Da drohen Unternehmer gleich mit Kündigung, wenn Männer versuchen, eine Babypause zu beantragen.

Der weibliche Dauervorwurf, dass nur 2 Prozent der Väter eine Babypause einlegen, nervt da schon. Auch weil diese Anklage

ausblendet, dass 98 Prozent der Mütter bei diesem Arrangement mitmachen. Sie wollen nämlich die wichtigste Bezugsperson im Leben ihrer Kinder sein. Auch dass er voll arbeitet und sie halb, ist keine Verschönerung karriereverliebter Workaholics. In stillem Einverständnis, oder auch in offener Komplizenschaft, ermuntern Frauen zu Überstunden, damit die Kasse stimmt. Sie unterstützen das Lebenskonzept „Hauptsache Arbeit“ ihrer Partner. Sie teilen die große Beachtung, die „sein“ Job und dessen Erhalt um jeden Preis für die Familie hat. Als Gegenleistung übernehmen sie die Regie in Haushalt und Erziehung, beanspruchen aber zugleich die Definitionsmacht. Sie wissen einfach besser, was zu tun ist und welche Maßstäbe anzulegen sind. Männer sollen sich mit Nörgeleien über schlecht gesputelte Teetassen auseinandersetzen oder über die Nachteile der praktischen Buntwäsche bei 40 Grad belehren lassen. Findet Mama einen brüllenden Säugling vor, hat während ihrer Abwesenheit garantiert die väterliche Pflege versagt – auch wenn das Kind einfach nur Bauchschmerzen plagt. Extremes Ergebnis kann sein, dass sich Gattinnen im Vorstand-Eigenheim einrichten und gar nicht mehr auf die Idee kommen, gegen Bezahlung „arbeiten zu gehen“. Den auf ihre Aufgabe festgelegten Ernährer bleibt dann in der Tat wenig „Spielraum“.

Rhetorisch ist seit ein paar Jahren viel von „Gender“ und „Geschlechterdemokratie“ die Rede. Häufig handelt es sich dabei um alten Wein in neuen Schläuchen. Die uncoole Frauenförderung bekam ein neues Etikett verpasst. Wirklich neue Akzente einer eigenständigen Männerpolitik lassen dagegen auf sich warten. Sie werden schon deshalb nicht gesetzt, weil „Frauengleichstellerinnen“ traditioneller Prägung das Geschlechterthema verwalten. Wenn Männer sich verändern sollen, brauchen ihre Initiativen eigene Foren und Finanzmittel, in Forschung und Wissenschaft wie in Verbänden und Institutionen.

Daher war im Familienministerium ursprünglich viel mehr ausgeheckt worden als nur ein neuerlicher Plakatappell an die Männer, sich endlich, endlich zu ändern. Nach dem Regierungswechsel 1998 hatten Publizisten, Gewerkschafter und Wissenschaftler in einem offenen Brief an Bergmann eine „neue Väterpolitik“ gefordert, um Männern „Wege aus ihrer eindimensionalen Ausrichtung auf die Erwerbsarbeit“ zu öffnen.

Vorschläge dazu: Wie wäre es mit einem anständigen Zuschuss an „Paps“, dem ehrgeizigen, aber leider ökonomisch prekären Versuch, den Markt der Elternzeitschriften (die eigentlich Mutzeitschriften sind) aufzumischen? Wieso ist „Mädchenarbeit“ immer noch wichtiger als „Jungenarbeit“, obwohl der Blick in eine beliebige Grundschul-

genügt, um festzustellen, wer hier verhaltensaufällig ist und der sozialpädagogischen Betreuung bedarf? Wo bleiben die Hochschulprofessuren, oder auch nur die anständig bezahlten Aufträge oder Stellen, für männliche „Gender“-Experten? Junge Nachwuchswissenschaftler, die sich darauf spezialisiert haben, gibt es genug. Doch angesichts der leeren Kassen an den Universitäten fürchtet die Frauenforschung (nicht ganz zu Unrecht) um ihre Pfründen.

Auch an der patriarchalen

Wo bleiben die Professorensuren für männliche „Gender“-Experten? Die Frauenforschung fürchtet um Pfründen.

Ausrichtung der staatlichen Rahmenbedingungen hat sich trotz leichter Verbesserungen bei Teilleistungen und Erziehungsgeld wenig geändert. Steuer- und Familienrecht stützen nach wie vor die alten Geschlechterrollen. Rot-Grün hat sich weit gedrückt, nach skandinavischem Vorbild eine obligatorische und gut bezahlte „Väterzeit“ einzuführen, noch, am Ehegattensplitting zu rütteln, dem wichtigsten Bonus für das Hausfrauen- und Zuverdienerinnenmodell.

Die Kampagne von Christine Bergmann wollte ursprünglich einen Anfang in diese Richtung wagen. Erste Pläne sahen zum Beispiel vor, lokale Männer-Netzwerke oder praxisnahe Väterprojekte zu fördern. Die Unterstützer solcher Ansätze im Familienministerium haben sich aber nicht durchsetzen können. Übrig blieb der Papi-Kamerad, der jetzt auch durch Fernsehspots und Kinospots geistert. Gut gemeinte Appelle wie „Verpass nicht die Rolle deines Lebens!“ hatten schon Bergmanns Halberkölginen in Schleswig-Landstein und Nordrhein-Westfalen ausgegeben – ohne dass sich Nennenswertes getan hätte.

So bleibt die Plakatkampagne reine Imagewerbung, die verdeckeln soll, dass die Politik ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat.

THOMAS GESTERKAMP



Thomas Gesterkamp, Journalist in Köln, ist Koador von „Hauptsache Arbeit? Männer zwischen Beruf und Familie“ (Rowohlt). Zurzeit schreibt er an einem neuen Buch über „Männlichkeit in der Informationsgesellschaft“.

berichtigung

Erfindungen

Über die Genfer Tüftlermesse berichtete Andreas Zumach, dass kaum noch Gimmicks ausstellt würden, sondern vor allem Produkte aus dem Ökobereich. Auch Erfinder Diehl habe für seinen Gerüstreiniger schon Abnehmer gefunden. Dies wurde in „der Stimme der kritik“ (7.4.) leider unzutreffend wiedergegeben. Ein Fehler der Redaktion, nicht des Autors.